

Parteiencheck der Bewegungsfreiheit zum Koalitionsvertrag (Teil II: Einwanderung und Visapolitik)

In Anlehnung an unseren Parteiencheck zur Bundestagswahl 2017 haben wir nun auch den Koalitionsvertrag von Union und SPD hinsichtlich Bewegungsfreiheit unter die Lupe genommen. Die Kategorien blieben dabei dieselben. Mehr Infos zur Entstehung des Parteienchecks, der Auswahl der Kategorien sowie ein Dossier zu Begrifflichkeiten findet ihr hier <https://visawie.org/de/parteiencheck-btw17/>. Zur Übersicht haben wir auch unsere Auswertungen des Parteienchecks für die CDU/CSU sowie die SPD hinzugefügt – so ergibt sich ein Bild, inwieweit der Koalitionsvertrag aus den Wahlprogrammen der beiden Parteien hervorgeht. Die Symbole sind wie gehabt zu deuten:

- ✓ Die Forderung kommt im Koalitionsvertrag vor
- Unklar/ eine Forderung wird zwar benannt, jedoch mit weitreichenden Einschränkungen oder vagen Angaben zur konkreten Umsetzung
- ✗ Die Forderung kommt im Koalitionsvertrag nicht vor ODER die Forderung wird explizit abgelehnt bzw. gegenteilig umgesetzt

Für mehr Informationen haben wir die entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrags kurz zusammengefasst.

Forderung im Wahlprogramm	CDU CSU	SPD	Erwähnung im Koalitionsvertrag
Darlegung Einwanderungsgesetz	✓	✓	Es soll ein Fachkräfte Einwanderungsgesetz geben, mit dem „[der] Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland [geordnet] und [gesteuert]“ werden soll (S. 65).
Zuzug von Fachkräften erleichtern	✓	✓	Um den Zuzug zu steuern sollen „der Bedarf unserer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts [maßgeblich berücksichtigt werden]“ (S. 106) Als Fachkräfte werden „sowohl Hochschulabsolventen als auch Einwandererinnen und Einwanderer mit qualifizierter Berufsausbildung bzw. ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen“ gesehen (S. 106). Der Zugang zum Arbeitsmarkt soll erleichtert werden durch den Wegfall der Vorrangprüfung und einer möglichst schnellen Überprüfung der Gleichwertigkeit Qualifikationen.
Zuzug von Studierenden und Auszubildenden erleichtern	✗	○	Keine Erwähnung im Koalitionsvertrag.
Bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen	✗	✓	Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen soll weiterentwickelt und ausgebaut werden, um eine „qualifikationsadäquate Beschäftigung“ zu fördern (S. 31). Auch von einem „Anerkennungszuschuss“ ist die Rede (ebd.). Ein Rechtsanspruch auf Beratung und Anerkennungsverfahren wie im SPD-Wahlprogramm gefordert, wird jedoch nicht erwähnt.
Aufenthalt im Ausland generell möglich, ohne dt. Aufenthaltstitel zu verlieren	✗	✗	Keine Erwähnung im Koalitionsvertrag.
Statuswechsel: Möglichkeit, Asylstatus in dauerhaften Aufenthaltstitel umzuwandeln	✗	✓	Die „ausbildungsfreundliche Umsetzung der wichtigen 3+2 Regelung für den Arbeitsmarktzugang“ soll bundesweit einheitlich angewendet werden (S. 31 / S. 108). Auch Geduldete „bei denen die Ausreise nicht kurzfristig zu erwarten ist“ sollen nach dem „Grundsatz des Förderns und Forderns“ Zugang zu Beschäftigung und Sprachkursen bekommen, „ohne dass es zu einer Verfestigung von Aufenthaltsrechten und einer Gleichstellung mit denjenigen führt, die eine rechtliche Bleibeperspektive haben“ (S. 107)
Abschaffung von Deutschnachweisen vor der Einreise	✗	✗	Keine Erwähnung von Deutschnachweisen vor der Einreise, aber Betonung einer stärkeren Einforderung von „Mitwirkung beim Spracherwerb“ (S. 107) durch zusätzliche Anreize, Ausbau von Hilfestellungen und konsequenterer Nutzung von Sanktionsmöglichkeiten (ebd.) im Sinne eines Bekenntnisses zur Integration.
Entkriminalisierung von aufenthaltsrechtlichen Verstößen	✗	✗	Keine Erwähnung im Koalitionsvertrag.
Geburtsrecht: In Deutschland Geborene bekommen Staatsbürgerschaft	○	○	Auch wenn beide Wahlprogramme über die doppelte Staatsbürgerschaft/Mehrstaatigkeit sprachen, findet sich dieses Thema überhaupt nicht im Koalitionsvertrag wieder.
Allgemeine Möglichkeit der Mehrstaatigkeit	✗	✓	Keine Erwähnung im Koalitionsvertrag.
Erweitertes Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt	✗	○	Opfer von rechter Gewalt werden nicht gesondert erwähnt.